Zwangsaussiedlung

Am 26. Mai 1952 beauftragte der Sowjetzonen-Ministerrat durch eine Regierungsverordnung das Ministerium für Staatssicherheit, „strenge Maßnahmen zur Verstärkung der Bewachung an der Demarkationslinie⁴⁴ durchzuführen, um das angebliche Eindringen von Agenten und Terroristen zu verhindern. Außerdem wurde am 9. Juni 1952 eine Verordnung „über weitere Maßnahmen zum Schutze der DDR⁴⁴ erlassen. Danach können alle Zuwiderhandlungen gegen die auf diese Verordnungen gestützten Maßnahmen mit zwei Jahren Gefängnis und mit 2000 DM Geldstrafe bestraft werden. Die in den genannten Verordnungen erteilten Vollmachten sind so allgemein gehalten, daß damit praktisch jede gewünschte Maßnahme durchgeführt werden kann. Die Einrichtung des Sperrgürtels entlang der Zonengrenze und die Zwangsaussiedlung unzähliger Personen geht auf diese Verordnungen zurück.

Verordnung über Maßnahmen an der Demarkationslinie zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und den westlichen Besatzungszonen Deutschlands vom 26. Mai 1952 (GBl. 1952, S. 405 ff.) —

Verordnung über weitere Maßnahmen zum Schutze der DDR vom 9. 6. 1952 (GBl. 1952, S. 451 ff.)

*

Bei der Einrichtung der Sperrgebiete an den Zonengrenzen sind unzählige Personen, die dem Regime nicht linientreu genug erschienen, zwangsweise ausgesiedelt worden. In der Antwort des thüringischen Innenministers auf die Beschwerde eines Betroffenen heißt es unter Bezugnahme auf